

Chinas Entwicklungsweise und Bedeutungsgewinn

Eine Chance für den Globalen Süden?

Jenny Simon

China gilt als Paradebeispiel einer erfolgreichen nachholenden¹ Industrialisierung. Die chinesische Entwicklungsweise lässt dabei Strategien erkennen, die zentrale Ansätze aus dem »Programme of Action« der New International Economic Order (NIEO) reflektieren: etwa staatliche Planungshoheit über Auslandsinvestitionen, Vermeidung finanzieller Abhängigkeit, Regulierung internationaler Konzerne und geistiger Eigentumsrechte im Sinne eigener Entwicklungsziele oder ein staatlich geförderter Aufstieg entlang von Wertschöpfungsketten. Mehr noch, der internationale Bedeutungsgewinn der chinesischen Ökonomie führt auch zu einer Restrukturierung der globalen Wirtschaftsbeziehungen. Die chinesische Wirtschaft entwickelte sich dabei nicht nur zum Konkurrenten für die USA oder europäische Ökonomien, sondern zunehmend auch zur zentralen internationalen Kreditgeberin und Investorin. Dabei präsentiert sich der chinesische Staat als Verfechter der Interessen des Globalen Südens und etabliert neue Formen der Süd-Süd-Kooperation, etwa das Forum der BRICS-Staaten² oder die neue Entwicklungsbank Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB).

Angesichts des relativen Erfolgs der chinesischen Entwicklungsweise stellt sich die Frage, inwiefern die verfolgten Strategien auch für andere (semi-)periphere Ökonomien Chancen für eine stärker autonome Wirtschaftsweise bieten. Kann Chinas internationaler Bedeutungsgewinn gar Grundlage für eine stärker egalitäre Gestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen im Sinne

-
- 1 Der Begriff der nachholenden Industrialisierung ist insofern problematisch, als er die Industrialisierungsprozesse der Zentren der Weltwirtschaft zum Maßstab macht und andere Ökonomien an deren Entwicklung misst.
 - 2 Als BRICS-Staaten werden Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika bezeichnet. Die Gruppe ohne Südafrika wird als BRIC-Staaten bezeichnet.

einer neuen New International Economic Order – einer NIEO² – bilden? Unter diesem Schlagwort fasst dieser Beitrag im Folgenden wirtschaftspolitische Ansätze, die darauf abzielen, die wirtschaftliche Abhängigkeit von Ländern des Globalen Südens vom Globalen Norden zu reduzieren – sei es über eine Veränderung der ökonomischen Regulierung auf internationalem Terrain oder innerhalb dieser Länder. Das soll den Handlungsspielraum dieser Staaten für nationale Entwicklungsprojekte erhöhen. Hierfür skizziert der Beitrag zunächst die chinesische Entwicklungsweise und ihre Internationalisierung und fragt, inwiefern sich beides als Strategie im Sinne der NIEO verstehen lässt. Anschließend nimmt der Artikel den internationalen Bedeutungsgewinn der chinesischen Ökonomie seit Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 in den Blick und diskutiert die Folgen des Bedeutungsgewinns im Hinblick auf die Möglichkeiten der Etablierung einer NIEO². Dabei ist allerdings Vorsicht vor allzu großem Optimismus geboten. Es zeigt sich, dass die Nutzung einiger ökonomischer Strategien aus dem Repertoire der NIEO zwar einer Peripherisierung Chinas entgegenwirkte. Der chinesische Staat konnte so einen größeren ökonomischen Handlungsspielraum erfolgreich für eine Strategie der nachholenden Industrialisierung einsetzen. Eine derartige wirtschaftspolitische Orientierung kann grundsätzlich auch für andere Ökonomien der (Semi-)Peripherie Chancen bieten. Im Falle Chinas fußte dieser wirtschaftspolitische Kurs aber nicht nur auf bestimmten historischen Voraussetzungen, er mündete auch weder innergesellschaftlich noch international in einer gerechteren Wirtschaftsweise.

Machtfrage Wirtschaftsordnung

Fragt man nach den Möglichkeiten der Durchsetzung einer gerechteren Wirtschaftsweise, so ist es produktiv, sich zweierlei zu vergegenwärtigen: Zwar sind kapitalistische Ökonomien durch bestimmte grundlegende Funktionsprinzipien gekennzeichnet.³ Die jeweils konkrete Gestalt der Weltwirtschaft und einzelner Ökonomien sind jedoch wesentlich abhängig von globalen

3 Zentral ist etwa eine Dominanz von Privatbesitz an Produktionsmitteln und die privatwirtschaftliche Aneignung von Mehrwert, der Zwang zur Lohnarbeit für Nichtbesitzende und der Zwang zur profitablen Verwertung von Kapital, oder dem Gesetz der Konkurrenz (Marx 1962 [1867]).

und innergesellschaftlichen Machtverhältnissen – also davon, welchen sozialen Kräften es gelingt, ihre Vorstellungen und Ziele an der Ausrichtung der Wirtschaftsweise auch gegenüber anderen durchzusetzen und so zu verallgemeinern. Dies bezieht sich zum einen auf die Interessen und wirtschaftlichen Strategien dominanter Fraktionen innerhalb einzelner Gesellschaften. Zum anderen bezieht es sich mit Blick auf die globale Ökonomie auf die Vorherrschaft bestimmter sozialer Kräfte in einzelnen Nationalstaaten oder Bündnissen aus diesen (Cox 1987; Scherrer 2001; van Apeldoorn/de Graaff 2012). Das Ringen um die Ausrichtung, Gestaltung und Strukturen einzelner Ökonomien – wie auch der Weltwirtschaft insgesamt – kann in Anlehnung an Antonio Gramsci verstanden werden als Teil der Auseinandersetzungen um die Durchsetzung und Absicherung von Weltanschauungen, Normen und Interessen, welche die wirtschaftlichen Aktivitäten im (globalen) Kapitalismus regulieren. Dazu gehören institutionalisierte Regeln ebenso wie informelle Praktiken (Simon 2023). Für eine erfolgreiche Verallgemeinerung – also die Absicherung bestimmter Weltansichten, Regulierungsweisen und Praxen als allgemein gültig – sind ökonomische Kapazitäten ebenso zentral wie (strukturelle) Zwangsmittel. Zudem fördert eine breitere Zustimmung zu einer bestimmten Ausrichtung und Regulierung die Durchsetzung und Stabilität dieser Wirtschaftsweise. Gramsci spricht für den Fall, dass eine solche konsensuale Verallgemeinerung gelingt, von Hegemonie als einer spezifischen Form von Herrschaft. Die verallgemeinerten Interessen schreiben sich Gramsci zufolge in die konkreten institutionellen Arrangements und regulativen Rationalitäten ein und verfestigen sich zu einer mehr oder weniger stabilen Struktur (Gramsci 1991–2002: 101–118; 771–783; 1561–1584).

Aus einer solchen machtsensiblen Perspektive sind (semi-)periphere Gesellschaften und Auseinandersetzungen um eine Veränderung der Weltwirtschaftsordnung in einem vorstrukturierten Terrain von Weltwirtschaftsbeziehungen verortet, dem sogenannten historischen Block (Bieling/Steinhilber 2000: 104–105; Cox 1993: 56–57). Die jeweilige Konfiguration des historischen Blocks beeinflusst wesentlich die Bedingungen und Handlungsspielräume der makroökonomischen Ausrichtung von Ökonomien der (Semi-)Peripherie – wie etwa China. Gleichzeitig steckt die Konfiguration des historischen Blocks auf internationaler Ebene das Terrain für wirtschaftlichen Wettbewerb sowie für Konflikte um die Gestaltung der weltwirtschaftlichen Spielregeln ab. Auseinandersetzungen um die Ausrichtung nationaler Entwicklungsweisen – ebenso wie Initiativen zur Etablierung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung – lassen sich als Strategien von Akteur:innen der (Semi-)Peripherie

verstehen, den eigenen wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum zu erhöhen und im Bündnis mit anderen Einfluss auf die hochgradig vermachteten Strukturen der Weltwirtschaftsbeziehungen zu nehmen sowie die Kräfteverhältnisse zugunsten wirtschaftspolitischer Interessen zu verschieben, die in (semi-)peripheren Ökonomien verankert sind. Die Kräfteverhältnisse beeinflussen auch, inwieweit sich wirtschaftspolitische Initiativen an den Bedürfnissen von Lohnabhängigen oder aber an den Interessen politischer oder wirtschaftlicher Eliten ausrichten.

Die marktiliberale Weltwirtschaftsordnung

Um Chinas Entwicklungsweise und deren Rolle für Chancen auf eine NIEO² beurteilen zu können, ist es zentral, sich den Kontext des (globalen) wirtschaftspolitischen Handelns zu vergegenwärtigen. Im Kontrast zu den Zukunftsvisionen, die sich zu Beginn der 1970er Jahre in den Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung spiegelten, wurde die globale Ökonomie seit Mitte der 1970er Jahre einer marktiliberal orientierten Umstrukturierung unterzogen. Diese mündete in einen als Neoliberalismus oder Finanzkapitalismus bezeichneten neuen historischen Block (Candeias 2004; Guttman 2016). Die veränderten Kräfteverhältnisse waren wesentlich geprägt von einer Verquickung der Hegemonie der USA sowie der Bourgeoisie vor allem aus dem Globalen Norden, die nun von finanzmarktorientierten und transnational ausgerichteten Gruppen von Akteur:innen geführt wurde (Scherrer 2001; van Apeldoorn/de Graaff 2012). Diese neue Konstellation verhinderte nicht nur die Durchsetzung der NIEO, sondern förderte über eine Verallgemeinerung marktiliberaler Spielregeln auch die abhängige Integration weiter Teile der (Semi-)Peripherie⁴ in den neuen historischen Block.

4 Die Konzepte von Zentrum, Semiperipherie und Peripherie entsammen der Dependenztheorie sowie der Weltsystemanalyse. Sie verweisen auf eine politische und ökonomische Hierarchie bei gleichzeitig wechselseitiger Abhängigkeit innerhalb des globalen Kapitalismus. Als Zentren werden dabei die wirtschaftlich starken Kernökonomien verstanden (etwa die USA oder die Bundesrepublik), deren Wirtschaftsweise auf der Überlegenheit über Staaten der (Semi-)Peripherie sowie auf deren Ausbeutung beruht. Die Peripherie umfasst Ökonomien in einer untergeordneten Position, die etwa Primärgüter oder Produkte mit niedrigem Wertschöpfungsanteil in die Zentren exportieren und häufig durch internationale Verschuldung und starke Armut eines Großteils ihrer Bevölkerungen gekennzeichnet sind. Die Semiperipherie bezeichnet Gesellschaften in einer Mittelposition, die Widersprüche zwischen Zentrum und Peripherie zu ei-

Obwohl der Globale Süden im Nachgang des Zweiten Weltkrieges eine formale Dekolonialisierung durchlief, war er weiterhin einer stark asymmetrisch strukturierten globalen Ökonomie ausgesetzt. Darin besetzten im Globalen Norden verankerte Interessengruppen die *commanding heights* der Weltwirtschaft. Seit Mitte der 1970er Jahre trieben diese die Ausweitung einer markoliberalen Wirtschaftsordnung sowie global ausgerichteter Wirtschaftsstrategien voran. Dies sicherten sie durch trans- und supranationale Stabilisierungsmuster ab (Bieling 2013: 91; Sablowski 2008). Diese Expansion wird unter anderem durch eine offensive Transnationalisierung der Eigentumsordnung und (markt-)liberaler Prinzipien gestützt, die die Gesellschaften des von den USA angeführten Globalen Nordens prägen, das »Locke'sche Kernland«⁵. Gemeint ist eine Rechtsstruktur, die das Private und den (sich selbst) begrenzenden Staat voneinander trennt, die Eigentums- und Vertragsrecht privilegiert und die unternehmerische Freiheit und den Wettbewerb absichert (van der Pijl 2006). Für die Akteur:innen in diesem Kernland bilden diese Prinzipien die Grundlage ihrer wirtschaftlichen Strategien innerhalb konkurrierender Ökonomien. Für Ökonomien der (Semi-)Peripherie ist eine solche Ausrichtung hingegen in der Regel mit dem Zwang zu einer marktförmigen Regulierung verbunden. Er setzt diese Ökonomien einem verschärften internationalen Wettbewerb und einer verstärkten Ausbeutung

nem gewissen Grad vermitteln und zur Stabilisierung der globalen Konfiguration beitragen. Zu dieser Semiperipherie zählt heutzutage beispielsweise China.

- 5 Kees van der Pijl beschreibt eine globale Machtstruktur entlang zweier Typen von Gesellschaften und der mit ihnen verbundenen Staatsformen: Einerseits das Locke'sche Kerngebiet und andererseits eine wechselnde Gruppe an Hobbes'schen Herausforderer-Staaten. Das Kerngebiet – gekennzeichnet durch eher am Liberalismus orientierte Strukturprinzipien – bildet vor allem der englischsprachige »Westen« (van der Pijl 2006: 3) samt seiner Verbündeten. Dessen Kern bildete(n) zunächst Großbritannien, später die USA. Zu den Hobbes'schen Herausforderer-Staaten rechnet van der Pijl beispielsweise China. Er versteht darunter stark organisierende Staaten, deren Apparate und Bürokrationen einen weitreichenden Einfluss auf die Organisation nachholender Entwicklung ausüben und die dies über eine auf Souveränität ausgerichtete Außen(wirtschafts)politik sowie zunächst national orientierte Akkumulationsstrategien und später im Zuge einer asymmetrischen Integration in den Weltmarkt verfolgen. Führende soziale Kräfte des Kerngebiets streben van der Pijl zufolge nach einer Eingliederung der Herausfordererstaaten in die Strukturen des eigenen Machtbereichs und nach deren Öffnung für die ökonomischen Strategien der im Kerngebiet verankerten sozialen Kräfte (ebd.: xi-xii, 6–21).

durch transnationale Konzerne (TNK) des Globalen Nordens aus. Demgegenüber untergräbt die markliberale Ausrichtung zugleich die Möglichkeiten dieser Länder, eine aktive Wirtschafts-, Industrie- oder Sozialpolitik zu betreiben.

Damit veränderte sich im Zuge der markliberalen Globalisierung das weltwirtschaftliche Terrain für Länder des Globalen Südens vor allem auf drei Feldern: Erstens wurde seit den 1980er Jahren die internationale Arbeitsteilung zunehmend neu ausgerichtet, Wertschöpfungsketten wurden transnationalisiert. TNK verlagerten arbeitsintensive Produktion in die (Semi-)Peripherie, um vor allem durch niedrigere Löhne und Umweltstandards Produktionskosten einzusparen. Die neuen Produktionsstandorte entwickelten sich zu einer Art Werkbank des Globalen Nordens und ermöglichten deren Zugang zu günstigen Konsumgütern. TNK besetzten dabei die führenden Positionen in globalen Wertschöpfungsketten und wurden zu den Hauptprofiteur:innen der neuen Arbeitsteilung. Der Großteil der peripheren Ökonomien blieb hingegen abhängig vom Export von Rohstoffen, Agrargütern und Produkten mit niedrigem Wertschöpfungsanteil – auch wenn die Produktionsverlagerung in einigen Gesellschaften der Semiperipherie zur Entwicklung exportorientierter Entwicklungsweisen beitrug, allen voran in Südostasien (siehe Veit in diesem Band).

Zweitens veränderten sich seit dem Ende des Bretton-Woods-Systems die globalen Finanzbeziehungen. Im Zuge anhaltender Profitabilitätsprobleme der verarbeitenden Industrie sowie steigender Profiterwartungen im Finanzsektor verlagerten Vermögende und Unternehmen ihr Kapital zunehmend in die Finanzmärkte. Die starke Bedeutungszunahme der Finanzbeziehungen in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen und die Rationalitäten des Finanzsektors, etwa die Orientierung am Shareholder-Value, veränderten die Funktionsweise der Weltwirtschaft erheblich (Epstein 2005; Guttman 2016; Sablowski 2008). Bei der Regulierung der globalen Finanzbeziehungen maß man nun der Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs sowie einer möglichst flächendeckenden Einführung flexibler, marktbasierter Wechselkurse besondere Bedeutung bei. Auf nationaler Ebene forcieren markliberal ausgerichtete Staaten seitdem eine Geldpolitik, die Geldwert- und Preisstabilität stützt. Auch innerhalb von Ökonomien der (Semi-)Peripherie wurde eine an den Finanzsystemen der Zentren ausgerichtete Umgestaltung der Finanzmärkte durchgesetzt (Armijo 2002: 3–43; Drezner/McNamara 2013: 156–157). Dabei war vor allem die Kreditkonditionalität des Internationalen Währungsfonds (IWF) – also die Umsetzung markliberaler Wirtschafts-

reformen und Austeritätspolitik als Bedingung für Zugang zu Liquidität in Krisensituationen – ein wichtiger Mechanismus zur Durchsetzung der marktliberalen Ausrichtung der Finanzregulierung in der (Semi-)Peripherie (Altvater/Hübner 1987; Peet 2009). Für Länder des Globalen Südens nahmen mit dem veränderten Terrain der globalen Finanzbeziehungen die Risiken von Wechselkurspekulation, volatilen Kapitalströmen und starken Krisendynamiken deutlich zu. Seit den 1970er Jahren erschütterten solche Krisen in regelmäßigen Abständen und mit all ihren desaströsen Folgen die Gesellschaften der (Semi-)Peripherie (Alami 2020; Herr 2007).

Drittens veränderten sich im Zuge der marktliberalen Globalisierung auch die globalen Handelsbeziehungen. Diese waren nun geprägt vom Freihandelsparadigma, das darauf abzielte, Handelsschranken abzubauen und die Agenda privatwirtschaftlicher Unternehmen sowie (geistige) Eigentumsrechte zu stärken. Die Welthandelsorganisation (WTO) bildet seit 1994 das institutionelle Rückgrat dieser Regulierung des Welthandels, die marktliberale Grundsätze international verallgemeinerte. Die immer weitergehenden Liberalisierungsforderungen der Zentren führten allerdings zunehmend zu Konflikten. Insbesondere sogenannte *behind the border issues*, die wirtschaftliche Regulierung innerhalb nationaler Grenzen, wie insbesondere Wettbewerbspolitiken, Regeln für das öffentliche Beschaffungswesen, Investitionsvorschriften oder der Schutz geistiger Eigentumsrechte sind in wachsendem Maße umstritten (Scherrer 2015). Die marktliberale Ausrichtung dieser Regelungen ermöglichen es TNK, ihre Wachstumsstrategien auszuweiten. Aus Sicht vieler (semi-)peripherer Ökonomien sind diese *Behind-the-border*-Themen hingegen wichtige Regulierungsstrategien, um die inländische Wertschöpfung zu unterstützen, Ressourcen zu mobilisieren, Investitionen zu steuern und wirtschaftspolitische Ziele zu verfolgen.

Auch wenn in internationalen Foren rhetorisch an den Zielen der NIEO festgehalten wurde, weitete sich der marktliberale Regulierungsmodus seit den 1970er Jahren deutlich aus. Dabei prägte die neoliberale Globalisierungsdynamik die Entwicklungsweisen und Handlungsmöglichkeiten innerhalb (semi-)peripherer Gesellschaften stark. Gleichzeitig änderte sich trotz global massiver Steigerungen von Produktivität und Wohlstand kaum etwas an der ökonomischen Abhängigkeit des Globalen Südens und auch nicht an den teils desaströsen Lebensumständen eines Großteils der Menschen

dort.⁶ Im Gegenteil: Die Globalisierung löste eine Dynamik der kompetitiven, markoliberal ausgerichteten Reregulierung aus. Regierungen bemühten sich, dem internationalen Kapital möglichst profitable Bedingungen zu bieten, was Initiativen für eine gerechtere Gestaltung der Weltwirtschaftsordnung schwächte. Allerdings adaptierten nicht alle Ökonomien der (Semi-)Peripherie die markliberalen Spielregeln.

Die chinesische Entwicklungsweise und ihre NIEO-Momente

Für viele Länder der (Semi-)Peripherie verbesserte sich durch die Expansion der markoliberalen Globalisierungsdynamik weder die soziale Situation innerhalb der Gesellschaft noch die Position im Gefüge der Weltwirtschaft. Die Entwicklung der chinesischen Ökonomie gilt hingegen als Paradebeispiel einer nachholenden Industrialisierung und einer erfolgreichen Eingliederung in den Weltmarkt. Das wirft die Frage auf, wie es China gelang, die mit Blick auf postkoloniale Ökonomien häufig zu beobachtende direkte wirtschaftliche Abhängigkeit von den Zentren geringer zu halten und in den globalen Wertschöpfungsketten aufzusteigen. Inwieweit können die in China verfolgten Wirtschaftsstrategien auch Möglichkeiten für andere (semi-)periphere Ökonomien aufzeigen? Eine Analyse der chinesischen Entwicklungsweise und ihrer Integration in die Weltwirtschaft zeigt, dass dabei ökonomische Strategien aus dem Repertoire der NIEO eine wichtige Rolle spielten. Allerdings führten diese keineswegs zu einer gerechteren Ausrichtung von Chinas Entwicklungsweise.

Die Entstehung der chinesischen Entwicklungsweise ist eindeutig in die Globalisierungsdynamik und die expansive markliberale Weltwirtschaftsordnung eingebettet. Im Zuge der Reorganisation der globalen Produktionsbeziehungen verlagerten seit den 1980er Jahren zunächst Unternehmen aus der Region, später zunehmend auch TNK arbeitsintensive Produktion nach China. Das Land avancierte so zu einem der global wichtigsten Ziele für ausländische Direktinvestitionen (ADI) (UNCTAD 2022). Im Kontext der marktwirtschaftlichen Reformprozesse seit Ende der 1970er Jahre begleitete der chinesische Staat diese Entwicklung der chinesischen Ökonomie zur Werkbank der Welt

6 Eine viel diskutierte Ausnahme stellen die *Asian newly industrialized countries* dar (siehe Veit in diesem Band).

mit einer aktiven Industriepolitik. So konnten etwa ADI lange Zeit ausschließlich in Joint Ventures getätigt werden. Ausländische Mehrheitsbeteiligungen waren nicht möglich und strategisch wichtige Sektoren blieben ausländischen Investitionen ganz verschlossen. Der Aufbau von Produktionsstandorten und die Ansiedlung von Know-how wurden zur Forcierung einer exportorientierten Industrialisierungs- und Wachstumsstrategie genutzt (ten Brink 2013: 187–192). Innerhalb der chinesischen Staatsapparate setzte sich dabei die Strategie durch, eine durchgehende Öffnung für ausländisches Kapital ebenso abzulehnen wie eine plötzliche Einführung markoliberaler Spielregeln. Befürwortet wurde demgegenüber ein Prozess der graduellen Einführung von Marktmechanismen bei gleichzeitiger Beibehaltung weitreichender staatlicher Planungs- und Steuerungsinstrumente (ten Brink 2013; Naughton 2007; Weber 2021). Allerdings kann die Herausbildung der chinesischen Entwicklungsweise nicht als kohärent geplantes Modell verstanden werden. Vielmehr handelt es sich um einen Suchprozess mit zum Teil widersprüchlichen oder räumlich voneinander abweichenden Ansätzen (Dirlik 2012).

Die Ausrichtung und Rejustierung der ökonomischen Entwicklung Chinas erfolgt nach Fünfjahresplänen, die zunächst von ihrer Orientierung auf staatlich geförderte Investitionen in Industrie- und Infrastrukturprojekte geprägt waren. Der Staat förderte hierzu aktiv die Entwicklung einer Arbeiter:innenklasse und eines Niedriglohnregimes (Cho 2005: 123–135; Fuchs 2015b; Wemheuer 2019: 216–217). Die staatlichen oder kollektiv verwalteten Betriebe wurden einer tiefgreifenden Umstrukturierung, Rationalisierung und (teils informellen) Privatisierung unterzogen. In einigen strategisch zentralen Sektoren verblieben Unternehmen zwar in Staatseigentum, doch die Management- und Kontrollstrukturen wurden etwa über Börsennotierungen stark verändert. Diese Prozesse mündeten in einer massiven Umwälzung der Klassen- und Produktionsverhältnisse. Trotz heterogener Unternehmensformen geht heute ein Großteil des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sowie der Beschäftigung in China auf Privatunternehmen zurück (ten Brink 2013: 193–215; Fuchs 2015b; Wemheuer 2019: 208–240).

Zudem wurde schrittweise eine differenzierte Industriestruktur entwickelt, die von arbeitsintensiver Industrie über Kapitalgüter, Autos und Elektronik bis hin zu einem Hochtechnologiesektor reicht (Schmalz 2019b). Neben dem systematischen Aufbau von Infrastruktur wurde durch die Ansiedlung von Industrie mit einem wachsenden Maß an Wertschöpfung und die Förderung global wettbewerbsfähiger Unternehmen – etwa im Hochtechnologiesektor – ein Aufstieg in den globalen Wertschöpfungsketten erreicht. Es

fällt auf, dass China die staatliche Regulierung der ADI im Kontrast zu vielen (semi-)peripheren Ökonomien industriepolitisch nutzen konnte und wichtige Sektoren überwiegend durch nationales Kapital dominiert blieben, um eine Kontrolle ökonomischer Schlüsselbereiche durch ausländisches Kapital zu vermeiden (Nölke et al. 2015: 546–556).

Auch das stark regulierte und von den globalen Finanzmärkten weitgehend abgeschirmte Finanzsystem sowie die Währungspolitik Chinas waren auf eine Unterstützung der entwicklungs- und industriepolitischen Ziele ausgerichtet. Das Finanzsystem prägten zunächst staatliche Banken. Staatsapparate legten nach wirtschaftspolitischen Zielen Faktoren wie Zinshöhe, Kredit- oder Investitionsquoten fest (Walter/Howie 2011). Eine besondere Bedeutung hatte die Regulierung des internationalen Kapitalverkehrs. Internationale Portfolioinvestitionen in den sich seit den 1990er Jahren langsam entwickelnden Kapitalmarkt wurden zunächst weitgehend unterbunden. Auch ADI blieben weiterhin reguliert (Herr 2008: 31). Die chinesische Währung, der Renminbi, konnte bis nach der 2008 ausgebrochenen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem über staatliche Tauschzentren gewechselt werden. Der Wechselkurs orientierte sich zunächst am US-Dollar und galt seit Mitte der 1990er Jahre als unterbewertet, was in China produzierte Waren global wettbewerbsfähiger machte. 2005 begann der Renminbi nach internationalem Druck jedoch langsam aufzuwerten (Herr 2008: 29–30). Die chinesische Ökonomie entwickelte einen anhaltenden Leistungsbilanzüberschuss, vor allem mit der US-Ökonomie. Gepaart mit den Kapitalverkehrskontrollen mündete dieser in der Erwirtschaftung wachsender Devisenreserven (He 2015; Herr 2008). Diese Reserven investierte die chinesische Zentralbank, die Peoples Bank of China (PBoC), überwiegend in US-amerikanische Staatsanleihen. Dadurch entwickelte sich China zu einem der Hauptgläubiger der USA (USDT 2018). Die Ausrichtung der Finanzpolitik verhinderte so eine internationale Verschuldung. Der Druck, sich an den Erwartungen des internationalen Finanzkapitals zu orientieren, wurde dadurch ebenso reduziert wie das Risiko von Finanzkrisen.

Die Regulierung der Finanzbeziehungen unterstützte zudem die Strategie einer asymmetrischen Integration Chinas in den Weltmarkt: Heimische Märkte und zentrale Sektoren wurden zunächst vor internationaler Konkurrenz geschützt, aufgebaut und dann schrittweise und kontrolliert internationalisiert (Naughton 2007: 181–399). Diese Internationalisierungsstrategie war bewusst auf eine Vermeidung von Leistungsbilanzdefiziten und internationaler Verschuldung ausgerichtet (Herr 2008: 28). In der Folge wuchsen die chinesischen Exporte seit Mitte der 1980er Jahre im zweistelligen Bereich (The Glo-

bal Economy o.J.) – wovon allerdings ein erheblicher Anteil auf ausländische Unternehmen entfiel. Der Beitritt Chinas zur WTO 2001 verstärkte die Exportausrichtung des Landes und zog weitere Direktinvestitionen an (Schmalz 2011: 109). Seit 1999 wurde zudem mit der sogenannten *Going-Out*-Strategie ein Engagement chinesischer Unternehmen im Ausland forciert, ebenso eine zunehmende internationale Investitionstätigkeit und Kreditvergabe. Bis zum Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 hatte diese vor allem (semi-)periphere Ökonomien im Blick (AEI o.J.; Schmalz 2019a: 24). Chinas wachsende Auslandsinvestitionen richteten sich insbesondere auf den Infrastruktursektor sowie die Absicherung von Ressourcenzuflüssen (Schmalz 2011: 111). Die jährlichen Aufwendungen in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Hilfszahlungen lagen 2006 nur noch knapp unter den entsprechenden Zahlungen der USA (AidData 2017).

Die chinesische Entwicklungsweise verlief allerdings keineswegs widerspruchs- und krisenfrei. In ökologischer Hinsicht ist sie mit einer anhaltenden Krise der Naturverhältnisse verbunden. Die fossilistisch ausgerichtete Industrialisierungsstrategie hat trotz der in den vergangenen Jahren zunehmenden Bemühungen um Umweltschutz zu massiven Umweltschäden geführt, etwa zur Verseuchung von Böden oder zu Luft- und Wasserverschmutzung. Diese haben nicht zuletzt schwere gesundheitliche Folgen – vor allem für die ärmere Bevölkerung (Sternfeld 2015). Als Folge der Wachstumsstrategie entstanden zudem makroökonomische Krisendynamiken – etwa Tendenzen von Überinvestitionen und Überproduktion. Die wachsende Verschuldung (halb-)staatlicher und privatwirtschaftlicher Unternehmen sowie die Entstehung spekulativer Blasen und kleinerer Finanzkrisen stellten ein zusätzliches Problem dar. Schließlich erhöhte die starke Exportorientierung die Abhängigkeit der chinesischen Wirtschaft von der weltwirtschaftlichen Entwicklung sowie von den Außenwirtschaftspolitiken anderer Ökonomien deutlich – wie sich in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zeigte (Simon 2018).

Trotz alledem durchlief die chinesische Ökonomie insgesamt vergleichsweise erfolgreich einen Prozess der nachholenden Industrialisierung, des technologischen Upgradings, der Diversifizierung von Exporten sowie des Aufstiegs in den globalen Wertschöpfungsketten. China entwickelte sich innerhalb kurzer Zeit zu einem der dynamischsten Standorte des globalen Kapitalismus. Die marktkliberale Globalisierung bildete zwar eine wichtige Grundlage für Chinas Wirtschaftsstrategie und seinen ökonomischen

(Wieder-)Aufstieg.⁷ Auch geriet die chinesische Ökonomie in eine wachsende Abhängigkeit von globalen Märkten. Dennoch erfolgte mit Blick auf die chinesische Ökonomie keine ungebrochene hegemoniale Expansion des marktliberalen Regulierungsmodus: Zwar lässt sich eine teilweise Verallgemeinerung der Spielregeln des marktliberalen Regimes beobachten. Dem chinesischen Staat gelang es jedoch, wesentliche Merkmale der Entwicklungsweise zu reproduzieren und sich zumindest partiell den Mechanismen eines »neuen Konstitutionalismus« (Gill 2003: 132) zu entziehen – einer auf globaler Ebene quasi mit Verfassungsrang verankerten und kaum rückgängig zu machenden vertraglichen Verpflichtung zur Umsetzung marktliberaler Wirtschaftspolitik.

Von zentraler Bedeutung waren dafür ökonomische Strategien aus dem Repertoire der Debatten um eine NIEO: Auch diese betonte eine Regulierung von TNK und geistigen Eigentumsrechten entlang von wirtschaftspolitischen Zielsetzungen innerhalb (semi-)peripherer Ökonomien oder die Nutzung technologischen Know-hows für die eigenen Industrialisierungsbemühungen. Der chinesische Staat verfolgte diese Strategien ebenso wie die ebenfalls in der NIEO diskutierte Abkehr von der arbeitsintensiven Exportproduktion und den Aufstieg in internationalen Wertschöpfungsketten. Zudem war für China auch die in den NIEO-Strategien hervorgehobene Vermeidung von Verschuldung im Ausland zentral. Hinzu kamen die Aufrechterhaltung von Kapitalverkehrskontrollen sowie die chinesische Währungspolitik. Dies schützte die chinesische Ökonomie vor der für (semi-)periphere Ökonomien häufig destruktiven Dynamik aus Verschuldung in Fremdwährung, plötzlich starkem Zu- oder Abfluss ausländischen Kapitals und damit verbundenen Notwendigkeit einer beständigen Wechselkursstabilisierung beziehungsweise der Gefahr von Währungskrisen (Herr 2008: 31). Dass ein solcher wirtschaftspolitischer Ansatz überhaupt möglich war, lag allerdings auch an der postsozialistischen Ausgangssituation bei Entstehung der chinesischen Entwicklungsweise. So war etwa die Wirtschaft zunächst der öffentlichen

7 Es gerät häufig in Vergessenheit, dass das chinesische Kaiserreich bis zum Einfall europäischer Kolonisatoren eine vor allem regional hervorgehobene Bedeutung hatte und sich selbst als Zentrum verstand. Auch Diskurse des chinesischen Parteistaates verweisen auf das Moment einer Renaissance Chinas, wie Xi Jinpings Verweise auf das Wiederaufleben der chinesischen Nation auf dem 19. Parteitag 2017 verdeutlichten (Xi 2017).

Verwaltung unterstellt und staatliche Apparate hatten einen hohen wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum (Milanović 2020: 135–137). Wichtig war auch, dass keine geopolitische Abhängigkeit gegenüber den USA bestand, wie bei Südkorea oder Taiwan. Damit fehlten dem Kernland wichtige Machtinstrumente, mit denen es die chinesische Ökonomie zu einer Anpassung an die Weltwirtschaftsordnung hätte bewegen können. Der chinesische Staat konnte so in dem graduellen Reformprozess eine stärker koordinierende Rolle aufrechterhalten, als es etwa in den Industrialisierungsprozessen in ostasiatischen oder lateinamerikanischen Gesellschaften beobachtbar war. Die chinesische Entwicklungsweise war dabei in einem höheren Maße von endogenen Interessen und Kräfteverhältnissen geprägt.

Das beinhaltete allerdings auch eine krasse Unterordnung der Interessen von Lohnarbeitenden unter den Wachstumsimperativ der chinesischen Ökonomie. Die privatwirtschaftliche Dynamik war begleitet von desaströsen Arbeitsbedingungen, einer massiven Disziplinierung der Arbeitskräfte und teilweise despotischen Fabrikregimen. Dies führte wiederholt zu Massenprotesten (Fuchs 2015a; Pun/Lee et al. 2010). Gerade das Niedriglohnregime und die Unterbindung von Interessenvertretungen von Lohnarbeitenden waren dabei zentrale Bestandteile der Entwicklungsweise Chinas, aber auch ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse spiegelten sich auch in einer rasanten Zunahme der innergesellschaftlichen Ungleichheit wider (Milanović 2021; Yang et al. 2019). Auch wenn deutliche Erfolge in der Armutsbekämpfung erreicht werden konnten, insbesondere hinsichtlich der absoluten Armut – wie es auch der Parteidiskurs über einen Sieg über die Armut reflektiert (Xi 2017) – lebt nach wie vor ein großer Anteil insbesondere der ländlichen Bevölkerung in Armut (Kühner 2022; Lugo et al. 2022). Daten über Mangelernährung und Krankheiten bei Kindern auf dem Land sind etwa Indizien dafür, dass Unterversorgung nach wie vor ein zentrales Problem ist (Kühner 2022: 105).⁸ Gemessen an der von der Weltbank für Länder wie China empfohlenen Armutschwelle eines Einkommens von 5,50 US-Dollar pro Tag lag die Zahl der Armen in China 2019 bei knapp einem Viertel der Bevölkerung (The Global Economy 2019). Demgegenüber führte die marktwirtschaftliche Entwicklungsdynamik zur Entstehung einer Klasse von Kader-Kapitalist:innen (Overbeek 2016). Bei dieser verbindet sich eine enge Verquickung des Zugangs zu politischer und ökonomischer Macht durch Parteiposten und -mitgliedschaft mit einem starken Anstieg der Anzahl

8 Insgesamt sind die Daten über Armutsentwicklung in China äußerst unzuverlässig.

an Millionär:innen. China belegt mittlerweile den zweiten Platz (nach den USA) in der Rangliste der Gesellschaften mit den meisten Millionär:innen (Shorrocks et al. 2022: 130). Die chinesische Entwicklungsweise mündete also in einer deutlichen Zunahme der ökonomischen Ungleichheit im Land. Diejenigen, die an einer gerechteren Ausrichtung dieser Entwicklungsweise interessiert waren, verfügten nicht über ausreichend Macht, um diese innergesellschaftlich durchzusetzen.

Chinas Bedeutungsgewinn in der Weltwirtschaftsordnung – Chance für eine NIEO²?

Mit dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 verschob sich die Integrationsweise Chinas in die globale Ökonomie. Als Reaktion auf die Verwerfungen in dieser Krise, die zeitweilig erschütterte Hegemonie der Weltwirtschaftsordnung, aber auch auf Krisentendenzen innerhalb der chinesischen Entwicklungsweise bemühte sich der chinesische Staat um eine Reform der globalen Wirtschaftsbeziehungen. Der folgende Abschnitt nimmt diese Strategien in den Blick und diskutiert, inwieweit sie Potenziale für eine größere Autonomie der Entwicklungsweisen der (Semi-)Peripherie bieten.

Der chinesische Staat fokussierte für seine Bemühungen um eine Veränderung der Weltwirtschaftsordnung im Nachgang der globalen Krise zwei Felder: die globalen Finanzbeziehungen sowie die Strukturen der *global economic governance*. Im Bündnis mit anderen (semi-)peripheren Ökonomien, vor allem im Verbund der BRICS-Staaten, setzte sich der chinesische Staat für eine Reform der globalen Finanz- und Währungsbeziehungen ein. Diese sollten sich fortan stärker an den Interessen des Globalen Südens orientieren. Im Zentrum stand dabei zum einen die Hinwendung zu einem stärker multipolaren und weniger auf den US-Dollar fokussierten Währungssystem und zum anderen eine Regulierung globaler Kapitalströme. Diese sollten die Stabilität der globalen Finanzbeziehungen erhöhen (Zhou 2009). Vertreter:innen des Zentrums blockierten diese Reformbestrebungen jedoch in internationalen Organisationen wie dem IWF und in informellen Zusammenschlüssen wie der Gruppe der 20 (G20) oder den G7-Staaten (Chin 2014). Der chinesische Staat wechselte daraufhin seine Strategie und bemüht sich seitdem, die Abhängigkeit der chinesischen Ökonomie vom US-Dollar zu reduzieren. Dazu trieb er die Internationalisierung des Renminbis sowie des chinesischen Finanzplatzes voran und förderte vor allem Handel und Investment in Eigenwährung (McNally/Gruin 2017;

Petry 2021; Simon 2022). Dabei wählte der chinesische Staat eine einzigartige Strategie: Diese forcierte die Internationalisierung des Renminbis, ohne die Kapitalverkehrskontrollen oder die Regulierung der Währung und ihres Außenwerts aufzugeben (He 2015). Dennoch gelang es China, dass der Renminbi 2016 in den Währungskorb des IWF aufgenommen wurde – das war zuvor keiner semi-peripheren Ökonomie gelungen (IMF 2016a). Infolge dieser Internationalisierungsstrategie findet heute ein wachsender Teil des Handels zwischen China und anderen (semi-)peripheren Ökonomien unter Umgehung des US-Dollars statt. Im regionalen Handel zwischen China und Hongkong ist der Renminbi mittlerweile die am häufigsten genutzte Währung (SWIFT 2019: 10). Das erhöhte zwar den Handlungsspielraum Chinas und seiner Handelspartner:innen, global spielt der Renminbi allerdings im Vergleich zum US-Dollar oder zum Euro nach wie vor eine deutlich nachgeordnete Rolle.

Das zweite Feld, auf dem sich der chinesische Staat deutlich um eine Reform der globalen Wirtschaftsbeziehungen bemühte, sind die internationalen Organisationen. Chinesische Vertreter:innen intensivierten ihr Engagement in verschiedenen Institutionen, etwa in IWF und WTO oder bei den G20 seit 2008 erheblich. Sie unterstützten auch deren Maßnahmen zur Eindämmung der Krise. Gleichzeitig forcierte China Reformen, die stärker die Interessen der (Semi-)Peripherie berücksichtigen sollten. Im IWF weitete der chinesische Staat beispielsweise deutlich über seine Verpflichtungen hinaus seine finanzielle Unterstützung aus. Im Bündnis mit Vertreter:innen anderer semi-peripherer Ökonomien setzte er sich für eine Veränderung in der Verteilung der Stimmrechte ein (Simon 2022: 395–396). Eine 2011 beschlossene Stimmrechtsreform im IWF hatte der US-Kongress lange Zeit blockiert. Nach Ende dieser Blockade entfielen im IWF auf China rund 6 Prozent und auf die BRICS-Staaten insgesamt 14,5 Prozent der Stimmanteile (IMF 2016b). Das verschob Machtverhältnisse innerhalb des IWF zwar nicht grundlegend, erleichterte aber die Formierung eines Vetoblocks semiperipherer Ökonomien. Zudem erreichte der chinesische Staat im Bündnis mit den Regierungen anderer semiperipherer Ökonomien auch kleinere wirtschaftspolitische Reformen innerhalb des IWF, etwa hinsichtlich der Legitimität einer an makroökonomischen Zielen orientierten Geldpolitik, und brachte den IWF auch dazu, unter bestimmten Bedingungen Kapitalverkehrskontrollen zu akzeptieren (IMF 2012).

Neben diesen Reformversuchen in bestehenden internationalen Organisationen intensivierte der chinesische Staat zudem seine Strategie der Süd-Süd-Kooperation und leitete die Gründung neuer internationaler Institutio-

nen ein. So forcierte er etwa die Institutionalisierung des BRIC-Forums und die Gründung der New Development Bank (NDB) (BRIC 2009; BRICS 2012). Besondere Beachtung fand die Gründung der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) 2016, in der auch europäische und angelsächsische Staaten Mitglied sind. Die AIIB ist eine multilaterale Entwicklungsbank, die sich auf die Unterstützung von Infrastrukturprojekten und die Förderung von Finanzkooperationen in (Eur-)Asien konzentriert. Während es um die BRICS-Institutionen im Laufe der vergangenen Jahre ruhiger wurde, verdoppelte sich die Anzahl der (künftigen) AIIB-Mitglieder bis 2022 nahezu auf 105. Die Bank weitete ihr Portfolio sowie die Anzahl ihrer Projekte deutlich aus (AIIB 2021: 4, 2022). In den USA wurde insbesondere die Gründung der AIIB als Angriff auf die Bretton-Woods-Institutionen gewertet. Dennoch gelang es China mit ihrer Etablierung, das Interesse an Infrastrukturinvestment und dessen kreditbasierter Finanzierung multilateral zu institutionalisieren und für die (Semi-)Peripherie den Zugang zu Infrastrukturfinanzierung außerhalb der vom Kernland dominierten Institutionen deutlich auszuweiten.

Neben den Versuchen des chinesischen Staates, Spielregeln und Strukturen auf internationalem Terrain zu verschieben, veränderte sich im Nachgang der Krise auch die internationale ökonomische Integration Chinas. Zum einen bemühte sich der chinesische Staat auf dem Feld der Industrie- und Exportstrategie, das Verhältnis zwischen Binnenwirtschaft und Exportsektor zu rejustieren. Dabei wird vor allem ein stärkerer Fokus auf den Ausbau des Binnenmarkts deutlich. Dies wird auch unter dem Schlagwort *dual circulation strategy* diskutiert (China Power Project 2021). China entwickelte sich in der Folge zu einem der global wichtigsten Binnenmärkte, behielt aber zugleich seine Rolle als global exportstärkste Ökonomie (The Global Economy 2021). Gleichzeitig wurde ein industrielles und technologisches Upgrading gefördert. Mit der *Made-in-China-2025*-Strategie (siehe Fuchs in diesem Band) zielte der chinesische Staat etwa auf den Aufbau eines international konkurrenzfähigen privatwirtschaftlichen Hochtechnologiesektors (Wübbeke et al. 2016). Insgesamt stiegen chinesische Unternehmen in den globalen Wertschöpfungsketten weiter auf. In bestimmten Feldern entstanden chinesische Global Player, die eine wachsende Konkurrenz für US-amerikanische und europäische Konzerne darstellen – auch wenn sie deren Führungsposition bislang nicht anfechten können (Schmalz 2019b).

Zum anderen gewann die chinesische Ökonomie im Feld der internationalen Kreditvergabe und Investitionen an Bedeutung. Im Nachgang der globalen Krise förderte der chinesische Staat die Diversifizierung chine-

sischer Außeninvestments. Hierfür richtete er Ausnahmen von den Kapitalverkehrskontrollen ein, die jedoch eine Fortführung der Regulierung des Kapitalverkehrs ermöglichten – indem etwa Kanäle für den internationalen Kapitalverkehr in Krisenfällen geschlossen werden konnten (Prasad 2016: 14–26; Zenglein/Kärnfelt 2019). Chinas Investitionspolitik fokussierte vor allem den Marktzugang für chinesische Exporte, die Auslagerung von Überkapazitäten, technologisches Upgrading sowie die Absicherung des Ressourcenzugangs. Die von China vergebenen ADI stiegen bis 2016 auf über 12 Prozent des global vergebenen Gesamtvolumens (UNCTAD 2022). Neben dem ressourcen- und infrastrukturorientierten Investment in Afrika und Lateinamerika sowie den Energielieferanten Australien oder Kanada gewannen im Nachgang der globalen Krise nun auch Hightech-Unternehmen in der EU und in den USA an Bedeutung (China Power Project o.J.; Schmalz 2019a). Chinesische Staatsapparate unterstützen dieses Außeninvestment durch gezielte Investitionsdiplomatie. Zudem verfolgte der chinesische Staat mit der 2013 gestarteten, auch als Neue Seidenstraße bekannten »Belt and Road Initiative« (BRI) eine Koordinierung von Investitionsinitiativen. Die BRI bündelt Kooperationsprojekte, Kreditvergabe und Investitionen zum Aufbau von Infrastruktur-, Handels- und Produktionsnetzwerken in Asien, Afrika und Europa. Sie trägt dabei auch dazu bei, Chinas Zugang zu Handelsrouten zu erweitern und neue Anlagesphären für chinesisches Kapital zu erschließen (Hoering 2019). In Verbindung mit einem wachsenden Investment in Infrastruktur entwickelte sich der chinesische Staat zudem zu einem der weltweit wichtigsten öffentlichen Geber von Hilfszahlungen und bilateralen Krediten. China überholte sogar die USA als wichtigster öffentlicher Kreditgeber und löste für einige Länder in Asien, Lateinamerika und Afrika auch die Bretton-Woods-Institutionen als größte Geldgeber ab (Stutz/Kaiser 2019: 3–6). Die wachsende Bedeutung der chinesischen Ökonomie als Investorin und Kreditgeberin spiegelt allerdings nicht nur einen zunehmenden ökonomischen Handlungsspielraum Chinas wider, sondern mit Blick auf die (semi-)peripheren Empfängerökonomien auch die Entstehung neuer Abhängigkeitsverhältnisse. Chinas Wirtschaftsinteressen, etwa der Rohstoff-Extraktivismus, der Zugriff auf billige Arbeitskräfte und wichtige Infrastrukturen oder die Schaffung profitabler Verwertungsmöglichkeiten für chinesisches Kapital inklusive der damit insgesamt verbundenen Auslagerung von Naturzerstörung, schreiben sich – nicht anders als bei Investitionsprojekten des Globalen Nordens – in die Zielorte chinesischen Investments ein. Dies führt zu Verwerfungen, neuen Widersprüchen und Konflikten mit

und innerhalb der Empfängerstaaten (siehe exemplarisch Calabrese et al. 2021, Shieh et al. 2021; Gu et al. 2016). Vor dem Hintergrund einer Krise der chinesischen Finanzmärkte, schrumpfender finanzieller Kapazitäten, einer zunehmenden Politisierung sowie wachsender Konflikte um internationale Investments chinesischer Akteur:innen verlor die Entwicklung der chinesischen Kapitalexporte zwischen 2016 und 2020 allerdings an Dynamik. Vor allem die US-Regierungen gingen aufgrund der wachsenden Konkurrenz im Hightechsektor massiv gegen chinesische Investitionen vor. Auch die EU und einige ihrer Mitgliedsstaaten verschärfte die Regulierung zufließender ADI (Schmalz et al. 2022: 440–448). Seit 2020 ist allerdings eine Stabilisierung der chinesischen Außeninvestments zu beobachten. Die chinesische Ökonomie belegt nach den USA erneut Platz zwei bei den jährlich global vergebenen ADI (UNCTAD o.J.).

Insgesamt setzte mit dem Ausbruch der globalen Finanz und Wirtschaftskrise 2008 eine neue Phase in der Globalisierungsdynamik der chinesischen Ökonomie ein. Diese mündete in einer Intensivierung von Chinas Integration in die Weltwirtschaft, wobei das Land weiter an ökonomischem Gewicht gewann – 2020 entfielen knapp 20 Prozent des globalen BIP auf die chinesische Ökonomie. Die chinesische Globalisierungsstrategie veränderte dabei transnationale Konkurrenzbeziehungen zunehmend auch in Bereichen, die traditionell die USA oder Europa dominierten. Allerdings befindet sich die chinesische Ökonomie gegenüber den Zentren weiterhin in einer deutlich abhängigeren Position. Trotz der fortschreitenden Internationalisierung wurde sie dabei nur partiell an die marktliberal ausgerichteten Spielregeln der Weltwirtschaftsordnung angepasst – dem Kernland gelang einer Verallgemeinerung seiner Interessen damit nur eingeschränkt. Der chinesische Staat hielt demgegenüber an wichtigen Orientierungspunkten seiner Wirtschaftspolitik fest, wie etwa die fortdauernde Regulierung des Kapitalverkehrs oder ein Blick auf die chinesische Industriepolitik deutlich machen. Neben der Absicherung der Kapitalakkumulation und Konkurrenzfähigkeit chinesischer Unternehmen war dabei das Ziel einer stärkeren Unabhängigkeit von den ökonomischen Dynamiken und Strukturen der Zentren deutlich erkennbar. Dies kann – wie schon mit Blick auf die Phase bis 2008 – analog zu den Zielsetzungen (semi-)peripherer Ökonomien im Zuge der NIEO verstanden werden, ihre ökonomische Abhängigkeit vom Globalen Norden zu reduzieren. Die Versuche des chinesischen Staates, als Reaktion auf die globale Krise die Weltwirtschaftsbeziehungen grundlegender zu reformieren und die Finanzordnung sowie die Machtverhältnisse in internationalen Organisationen

stärker an in der chinesischen Ökonomie und anderen (semi-)peripheren Staaten verankerten Interessen auszurichten, verhinderten allerdings die Regierungen der Zentren – die bestehenden (Macht-)Strukturen der globalen Ökonomie setzten diesen Reformversuchen deutliche Schranken.

Für andere (semi-)periphere Ökonomien war der wirtschaftliche Bedeutungsgewinn Chinas mit einer ambivalenten Verschiebung des weltwirtschaftlichen Terrains verbunden: Zum einen erweiterte Chinas Integration in die globale Ökonomie partiell den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum der (Semi-)Peripherie – zumindest in bestimmten Handlungsfeldern. Vor allem die Intensivierung der Süd-Süd-Kooperation, Bündnisse zur Durchsetzung von Verschiebungen in den Strukturen der *global economic governance* sowie eine Reduktion der Abhängigkeit (semi-)peripherer Ökonomien von den Ländern des Globalen Nordens durch Chinas Kapitalexport wären grundsätzlich Entwicklungen, die den Handlungsspielraum des Globalen Südens erweitern, Abhängigkeiten von den Zentren reduzieren und die Durchsetzung einer NIEO² unterstützen könnten. Zum anderen ist aber Chinas weltwirtschaftliche Integration gleichzeitig mit der Entstehung neuer Abhängigkeiten zwischen chinesischen Unternehmen (oder breiter gefasst: der chinesischen Ökonomie) und anderen (semi-)peripheren Gesellschaften verbunden. Diese liegen bislang zwar deutlich unter dem Niveau der weltwirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse, die der Globale Norden dominiert, stehen aber der Zielsetzung einer stärker egalitären Organisation der Weltwirtschaft klar entgegen.

Auf dem Weg in eine gerechtere Wirtschaftsweise?

Der vorliegende Beitrag ist der Frage nachgegangen, inwiefern die chinesische Entwicklungsweise und die darin verfolgten Strategien auch für andere (semi-)periphere Ökonomien Chancen für eine autonomere ökonomische Position bieten. Er fragte, ob Chinas internationaler Bedeutungsgewinn die Grundlagen für eine stärker egalitäre Gestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen im Sinne einer NIEO² stärken kann. Hierfür, so das einleitende Argument, ist es hilfreich, die Gestalt der Weltwirtschaft sowie die Möglichkeiten ihrer Veränderung als Frage von Machtverhältnissen und Auseinandersetzungen zwischen sozialen Kräften um eine Verallgemeinerung ihrer Interessen zu denken. Eine solche Perspektive verdeutlicht, dass die vorherrschende Weltwirtschaftsordnung von marktliberal ausgerichteten

Interessen geprägt ist. (Semi-)periphere Ökonomien werden in der Regel über eine Verallgemeinerung dieser Spielregeln in die Weltwirtschaft integriert, und zwar in einer abhängigen Position. Diese Dynamik wurde etwa mit Blick auf lateinamerikanische oder afrikanische Ökonomien vielfach beobachtet. Im Kontrast dazu gelang es, innerhalb der chinesischen Ökonomie einen Prozess einer nachholenden Industrialisierung, der Diversifizierung der Exportpalette und des technologischen Upgradings zu forcieren und in den globalen Wertschöpfungsketten aufzusteigen. China konnte sich in einer Weise in die Weltwirtschaft integrieren, die weniger stark von direkter Abhängigkeit vom »Locke'schen Kernland« gekennzeichnet ist. Dies gelang, so die Argumentation, zumindest in Teilen durch einen Rückgriff auf Wirtschaftsstrategien und Regulierungsformen aus dem Repertoire der Debatten um die NIEO in den 1970er Jahren – wenngleich auch die marktliberale Globalisierung eine wichtige Grundlage für Chinas Wirtschaftsstrategie war. Beispiele hierfür sind die in der NIEO-Debatte betonte Regulierung von TNK entlang eigener wirtschaftspolitischer Zielsetzungen, eine aktive staatliche Industriepolitik und insbesondere eine Finanzpolitik, die über die Aufrechterhaltung von Kapitalverkehrskontrollen die chinesische Ökonomie vor einer Dynamik von Währungskrisen schützte, die für (semi-)periphere Ökonomien häufig destruktiv ist. Diese Strategien erhöhten zweifelsohne Chinas ökonomische Autonomie. Sie reduzierten Dynamiken einer Peripherisierung und können grundsätzlich auch für andere (semi-)periphere Ökonomien Potenziale bieten. Auf internationalem Terrain scheiterten allerdings die Bemühungen des chinesischen Staates, im Nachgang der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 eine grundlegendere Reform der Weltwirtschaftsordnung zu erreichen, an den vorherrschenden Kräfteverhältnissen. Die neu entstehenden Abhängigkeitsverhältnisse zwischen China und anderen (semi-)peripheren Ökonomien verweisen zudem ebenso wie die Ausbeutung und Armut innerhalb der chinesischen Gesellschaft sowie die mit der chinesische Entwicklungsweise einhergehenden zerstörerischen Naturverhältnisse auf einen wichtigen Punkt: Im Zentrum der chinesischen Außenwirtschaftspolitik steht nicht eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung, sondern – ganz im Sinne kapitalistischer Konkurrenzverhältnisse – die Absicherung profitabler Bedingungen für chinesische Kapitale. Ebendies zeigt, dass die Frage einer Reduktion der Abhängigkeit der (Semi-)Peripherie von den ökonomischen Zentren des Globalen Nordens ein zu enger Fokus ist, wenn es um die Durchsetzung einer (global) gerechteren Wirtschaftsweise geht. Um eine gerechtere Wirtschaftsweise zu erreichen, müssen Eigentums-, Ausbeutungs-

und Machtverhältnisse sowie transnationale Klassenverhältnisse mitgedacht und verändert werden, die quer zur räumlichen Strukturierung des globalen Kapitalismus liegen.

Literatur

- AidData (2017): By the Numbers. China's Global Development Footprint. The Clearest Look yet at Chinese Official Finance Worldwide. <https://www.aiddata.org/china-official-finance> (Zugriff am 27.6.2018).
- AIIB – Asian Infrastructure Investment Bank (2021): 2020 AIIB Annual report. https://www.aiib.org/en/news-events/annual-report/2020/_common/pdf/2020-aiib-annual-report-and-financials.pdf (Zugriff am 4.6.2023).
- AIIB – Asian Infrastructure Investment Bank (2022): AIIB expands global presence. <https://www.aiib.org/en/news-events/news/2022/AIIB-Expands-Global-Presence.html> (Zugriff am 12.7.2022).
- Alami, Ilias (2020): Money power and financial capital in emerging markets. Facing the liquidity tsunami. Abingdon/New York: Routledge.
- Altwater, Elmar/Hübner, Kurt (1987): Ursachen und Verlauf der internationalen Schuldenkrise. In: Altwater, Elmar/Wachs, Friedhelm/Hübner, Kurt/Lorentzen, Jochen (Hg.), Die Armut der Nationen. Handbuch zur Schuldenkrise von Argentinien bis Zaire. Berlin: Rotbuch, 29–43.
- AEI – American Enterprise Institute (o.J.): China global investment tracker. <https://www.aei.org/china-global-investment-tracker/> (Zugriff am 12.2.2021).
- Apeldoorn, Bastiaan van/de Graaff, Naná (2012): The limits of open door imperialism and the US state–capital nexus. In: *Globalizations*, 9 (4), 593–608.
- Armijo, Leslie (2002): Core questions and mental categories. In: Armijo, Leslie (Hg.), Debating the global financial architecture. Albany: SUNY Press, 1–62.
- Bieling, Hans Jürgen/Steinhilber, Jochen (2000): Hegemoniale Projekte im Prozess der europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hg.), Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot, 102–130.
- Bieling, Hans-Jürgen (2013): Das Projekt der Euro-Rettung und die Widersprüche des europäischen Krisenkonstitutionalismus. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 20 (1), 89–103.

- BRIC (2009): Final communiqué of the meeting of finance ministers and central bank governors of the BRIC countries, held in London on 4 September 2009. https://www.brazil.org.uk/press/articles_files/20090904.html (Zugriff am 1.10.2011).
- BRICS (2012): Fourth BRICS summit. Delhi declaration. March 29, 2012. http://brics2022.mfa.gov.cn/eng/gjyzzgj/ljldrhwcgwj/202202/t20220222_10644319.html (Zugriff am 31.5.2023).
- Brink, Tobias ten (2013). Chinas Kapitalismus. Entstehung, Verlauf, Paradoxien, Frankfurt a.M.: Campus.
- Calabrese, Linda/Huang, Zhengli/Nadin, Rebecca (2021): The Belt and Road and Chinese enterprises in Ethiopia: Risk and opportunities for development. ODI report. http://cdn-odi-production.s3-website-eu-west-1.amazonaws.com/media/documents/BRI_in_Ethiopia_Report_finalAug2021_moTY5wm.pdf (Zugriff am 16.6.2023).
- Candeias, Mario (2004): Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik. Hamburg: Argument.
- Chin, Gregory (2014): China's rising monetary power. In: Helleiner, Eric/Kirshner, Jonathan/Cohen, Benjamin J. (Hg.), *The great wall of money. Power and politics in China's international monetary relations*. Ithaca: Cornell University Press, 184–212.
- China Power Project (o.J.). Does China dominate global investment? In: ChinaPower, <https://chinapower.csis.org/china-foreign-direct-investment/> (Zugriff am 12.1.2019).
- China Power Project (2021): Will the Dual Circulation Strategy Enable China to Compete in a Post-Pandemic World? In: China Power. <https://chinapower.csis.org/china-covid-dual-circulation-economic-strategy/> (Zugriff am 16.3.2023).
- Cho, Hyekyung (2005): Chinas langer Marsch in den Kapitalismus. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Cox, Robert W. (1987): *Production, power, and world order. Social forces in the making of history*. New York: Sage.
- Cox, Robert W. (1993): Gramsci, hegemony and international relations. An essay in method. In: Gill, Stephen (Hg.), *Gramsci, historical materialism and international relations*. Cambridge: Cambridge University Press, 49–66.
- Dirlik, Arif (2012): The idea of a »Chinese model«: A critical discussion. In: *China Information*, 26 (3), 277–302.

- Drezner, Daniel W./McNamara, Kathleen (2013): International political economy, Global financial orders and the 2008 financial crisis. In: *Perspectives on Politics*, 11 (1), 155–166.
- Epstein, Gerald (2005): *Financialization and the world economy*, Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Fuchs, Daniel (2015a): Das neue »Epizentrum weltweiter Arbeiterunruhe«? Klassenzusammensetzung und Arbeitskämpfe in China seit den 1980er Jahren. In: *Peripherie*, 35, 303–326.
- Fuchs, Daniel (2015b): Die Transformation der Produktions- und Klassenverhältnisse in China seit 1978: Überlegungen zur Herausbildung und den Widersprüchen des chinesischen Kapitalismus. In: Linke, Marlies/Sablowski, Thomas/Steinitz, Klaus (Hg.), *China: Gesellschaftliche Entwicklung und Globale Auswirkungen*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, 29–45.
- Gill, Stephen (2003): *Power and resistance in the new world order*. New York: Palgrave Macmillan.
- Gramsci, Antonio (1991–2002): *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*, Hamburg: Argument.
- Gu, Jing/Zhang, Chuanhong/Vaz, Alcides/Mukwereza, Langton (2016): Chinese state capitalism? Rethinking the role of the state and business in Chinese development cooperation in Africa. In: *World Development* 81, 24–34.
- Guttman, Robert (2016): *Finance-Led Capitalism. Shadow Banking, Re-Regulation, and the Future of Global Markets*, New York: Palgrave Macmillan.
- He, Alex (2015): Domestic sources and RMB internationalization. A unique journey to a major global currency. In: CIGI Papers 67, 12.5.2015. <https://www.cigionline.org/publications/domestic-sources-and-rmb-internationalization-unique-journey-major-global-currency> (Zugriff am 18.5.2015).
- Herr, Hansjörg (2007): Das internationale Finanzsystem im Zeitalter der Globalisierung. <https://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/50337.pdf> (Zugriff am 4.6.2023).
- Herr, Hansjörg (2008): Das chinesische Wechselkurssystem. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 58 (7), 27–32.
- Hoering, Uwe (2019): Globalisation with Chinese characteristics: The role of the state in China's belt and road initiative. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, 35 (4), 39–62.
- IMF – International Monetary Fund (2012): IMF adopts institutional view on capital flows. IMF Survey online vom 3.12.2012. <https://www.imf.org/en/News/Articles/2015/09/28/04/53/sopol120312a> (Zugriff am 10.3.2016).

- IMF – International Monetary Fund (2016a): IMF launches new SDR basket including Chinese renminbi, determines new currency amounts. Pressemitteilung, 30.9.2016. <https://www.imf.org/en/News/Articles/2016/09/30/AM16-PR16440-IMF-Launches-New-SDR-Basket-Including-Chinese-Renminbi> (Zugriff am 4.6.2023).
- IMF – International Monetary Fund (2016b): IMF members' quotas and voting Power. Illustration of proposed quota and voting share. https://www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pdfs/pr10418_table.pdf (Zugriff am 9.3.2016).
- Kühner, Hans (2022): Armut in China. Anspruch und Wirklichkeit der chinesischen Agrarpolitik seit den 1950er-Jahren. In: *Zeithistorische Forschungen*, 22 (1), 77–108.
- Lugo, Maria/Raiser, Martin/Yemtsov, Ruslan (2022): China's economic transformation and poverty reduction over the years: An overview. In: KCG Policy Paper, 8/2022, Kiel: Kiel Center for Globalisation. https://www.kcg-kiel.org/wp-content/uploads/2022/02/KCG-Policy-Paper_8.pdf (Zugriff am 4.6.2023).
- Marx, Karl (1962 [1867]): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Produktionsprozess des Kapitals. Berlin: Dietz.
- McNally, Christopher/Gruin, Julian (2017): A novel pathway to power? Contestation and adaptation in China's internationalization of the Renminbi. In: *Review of International Political Economy*, 24 (4), 599–628.
- Milanović, Branko (2020): Kapitalismus global. Über die Zukunft des Systems, das die Welt beherrscht. Berlin: Suhrkamp.
- Milanović, Branko (2021): China's inequality will lead it to a stark choice. A new oligarchy can be restrained only by the government that made it. In: *Foreign Affairs*, 11.2.2021. <https://www.foreignaffairs.com/articles/china/2021-02-11/chinas-inequality-will-lead-it-stark-choice> (Zugriff am 12.2.2022).
- Naughton, Barry (2007): The Chinese economy. Transitions and growth. Cambridge: MIT Press.
- Nölke, Andreas/ten Brink, Tobias/Claar, Simone/May, Christine (2015). Domestic structures, foreign economic policies and global economic order: Implications from the rise of large emerging economies. In: *European Journal of International Relations*, 21 (3), 538–567.
- Overbeek, Henk (2016): Globalizing China: A critical political economy perspective on China's rise. In: Cafruny, Alan/Talani, Leila Simona/Pozo Martin, Gonzalo (Hg.), *The Palgrave handbook of critical international political economy*. London: Palgrave Macmillan, 309–329.

- Peet, Richard (2009): *Unholy trinity. The IMF, World Bank and WTO*. London/ New York: Zed Books.
- Petry, Johannes (2021): Same same, but different. Varieties of capital markets, Chinese state capitalism and the global financial order. In: *Competition & Change*, 25 (5), 605–630.
- Pijl, Kees van der (2006): *Global rivalries from the cold war to Iraq*. London/Ann Arbor: Pluto Press.
- Prasad, Eswar S. (2016): China's efforts to expand the international use of the renminbi. Report Prepared for the U.S.-China Economic and Security Review Commission, 4.6.2016 <https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2016/07/RMBReportFinal.pdf> (Zugriff am 12.8.2017).
- Pun, Ngai/Lee, Ching Kwan et al. (2010): *Aufbruch der zweiten Generation. Wanderarbeit, Gender und Klassenzusammensetzung in China*. Berlin: Assoziation A.
- Sablowski, Thomas (2008): Das globale, finanzgetriebene Akkumulationsregime. In: *Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung*, 8, 23–35.
- Scherrer, Christoph (2001): »Double hegemony«? State and class in American foreign economic policymaking. In: *Amerikastudien*, 46 (4), 573–591.
- Scherrer, Christoph (2015): Regelsetzung im Welthandel: Schutz für die Starken. In: *Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, 95 (5), 315–318.
- Schmalz, Stefan (2011): Eine kurze Geschichte des chinesischen Aufstiegs im kapitalistischen Weltsystem. In: *Kurswechsel*, 17 (1), 106–116.
- Schmalz, Stefan (2019a): The three stages of Chinese capital export. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, 35 (4), 17–38.
- Schmalz, Stefan (2019b): Wirtschaftskrieg um Hightech. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 64 (3), 7–10.
- Schmalz, Stefan/Gräf, Helena/Köncke, Philipp/Schneidmesser, Lea (2022): Umkämpfte Globalisierung: Amerikanische und europäische Reaktionen auf Chinas Aufstieg im Hochtechnologiebereich. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 32, 427–454.
- Shieh, Shawn/Chow, Lowell/Huang, Zhong/Yue, Jinfei (2021): Understanding and mitigating social risks to sustainable development in China's BRI. Evidence from Nepal and Zambia. ODI Report. https://cdn.odi.org/media/documents/ODI_social_risks_BRI_Nepal_and_Zambia_final0104.pdf (Zugriff am 16.6.2022).
- Shorrocks, Anthony/Davies, James/Lluber, Rodrigo (2022): *Global Wealth Databook 2022*. Credit Suisse Research Institute. <https://www.credit-suis>

- se.com/media/assets/corporate/docs/about-us/research/publications/global-wealth-databook-2022.pdf (Zugriff am 15.6.2023).
- Simon, Jenny (2018): Die Rolle Chinas in den aktuellen Auseinandersetzungen um den Operationsmodus. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 25 (2), 144–163.
- Simon, Jenny (2022): Die Rolle des Staates in der Internationalisierung der chinesischen Finanzbeziehungen. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 52 (3), 385–408.
- Simon, Jenny (2023): Chinese capitalism and the global economic order. The impact of China's rise on global economic regulation. In: Scherrer, Christoph/Garcia, Ana/Wullweber, Joscha (Hg.) *Handbook on critical political economy and public policy*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing, 232–246.
- Sternfeld, Eva (2015): Die ökologischen Herausforderungen des chinesischen Wirtschaftswunders. In: Linke, Marlies/Sablowski, Thomas/Steinitz, Klaus (Hg.) *China: Gesellschaftliche Entwicklung und Globale Auswirkungen*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, 73–83.
- Stutz, Malina/Kaiser, Jürgen (2019): China als Gläubiger von Staaten im Globalen Süden. Antiimperialistische Solidarität oder moderne Schuldenfalle? 7.10.2019. <https://erlassjahr.de/wordpress/wp-content/uploads/2019/10/Fachinfo-62.pdf> (Zugriff am 4.6.2023).
- SWIFT (2019): Beyond borders: China opens up to the world. The effects of globalisation on China and Belt and Road countries. RMB tracker, June 2019, special edition. <https://www.swift.com/node/227391> (Zugriff am 4.6.2023).
- The Global Economy (o.J.): China Economic Indicators. <https://www.theglobaleconomy.com/China/> (Zugriff am 4.6.2023).
- The Global Economy (2019): China: Poverty at 5.50 USD per day. https://www.theglobaleconomy.com/China/poverty_ratio_high_range/ (Zugriff am 4.6.2023).
- The Global Economy (2021): Exports, billion dollars – Country rankings. https://www.theglobaleconomy.com/rankings/exports_dollars/ (Zugriff am 4.6.2023).
- UNCTAD – United Nations Conference on Trade and Development (o.J.): UNCTAD stat. Foreign direct investment: Inward and outward flows and stock, annual. <https://unctadstat.unctad.org/wds/TableView/tableView.aspx?ReportId=96740> (Zugriff am 4.6.2023).

- UNCTAD – United Nations Conference on Trade and Development (2022): Global foreign direct investment flows over the last 30 years. 9.6.2022. <https://unctad.org/data-visualization/global-foreign-direct-investment-flows-over-last-30-years> (Zugriff am 4.6.2023).
- USDT – US Department of the Treasury (2018): Major foreign holders of treasury securities. <http://ticdata.treasury.gov/Publish/mfhhis01.txt> (5.1.2018).
- Walter, Carl E./Howie, Fraser J. T. (2011): Red capitalism. The fragile financial foundation of China's extraordinary Rise, Singapore: Wiley.
- Weber, Isabella M. (2021): How China escaped shock therapy. The market reform debate. London/New York: Routledge.
- Wemheuer, Felix (2019): Chinas große Umwälzung. Soziale Konflikte und Aufstieg im Weltsystem. Köln: PapyRossa.
- Wübbecke, Jost/Meissner, Mirjam/Zenglein, Max J./Ives, Jaqueline/Conrad, Björn (2016): Made in China 2025. The making of a high-tech superpower and consequences for industrial countries. In: Merics – Mercator Institute for China Studies, 12.8.2016. <https://merics.org/en/report/made-china-2025> (Zugriff am 4.6.2023).
- Xi, Jinping (2017): Bericht auf dem XIX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (deutsche Übersetzung), 19.10.2017. http://frankfurt.china-consulate.gov.cn/det/zt/5/201712/t20171219_4028051.htm (Zugriff am 13.6.2023).
- Yang, Li/Novokmet, Filip/Milanović, Branko (2019): From workers to capitalists in less than two generations. A study of Chinese urban elite. In: World Inequality Database working papers, 10/2019, Paris: WID.
- Zenglein, Max/Kärnfeldt, Maximilian (2019): China's caution about loosening cross-border capital flows. Fear of financial instability will continue to slow the liberalization of the capital account. In: Merics – Mercator Institute for China Studies, 19.6.2019. <https://merics.org/en/report/chinas-caution-about-loosening-cross-border-capital-flows> (Zugriff am 4.6.2023).
- Zhou, Xiaochua (2009): Reform the international monetary system. Essay by Dr Zhou Xiaochuan, Governor of the People's Bank of China, 23 March 2009. In: BIS Review, 41/2009, Basel: Bank for International Settlements. <https://www.bis.org/review/ro90402c.pdf> (Zugriff am 4.6.2023).

